

perspektiven des demokratischen
sozialismus
Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse
und Reformpolitik
38. Jahrgang 2021 Heft 1
ISBN 978-3-7410-0236-6
ISSN 0939-3013

Herausgegeben im Auftrag der Hochschulinitiative
Demokratischer Sozialismus (HDS) e. V.
von Hermann Adam, Nils Diederich, Helga
Grebing (†), Leo Kießler, Richard Saage und
Karl Theodor Schuon

Redaktionsbeirat: Bernhard Clausen, Klaus Faber (†),
Horst Heimann, Arne Heise, Ulrich Heyder,
Klaus Kost, Jens Kreibbaum, Hendrik Küpper,
Kira Ludwig, Ralf Ludwig, Thomas Meyer,
Andreas M. Müggenburg, Simon Obenhuber,
Roland Popp, Sibylle Reinhardt, Lars Rensmann,
Moritz Rudolph, Hans-Joachim Schabedoth (†),
Klaus-Jürgen Scherer, Wolfgang Schroeder, Joachim
Spangenberg, Heinrich Tiemann, Gert Weißkirchen
Redaktion dieser Ausgabe: Klaus-Jürgen
Scherer (verantwort.), Kira Ludwig, Hendrik Küpper,
Laura Clarissa Loew
Gestaltung: Erik Schüßler

Geschäftsstelle der Hochschulinitiative
Demokratischer Sozialismus
WBH, Wilhelmstr. 141
10963 Berlin
Kontakt: kjs@hochschulinitiative-ds.de

Weitere Informationen unter:
www.hochschulinitiative-ds.de

Verlag und Abo-Vertrieb:
Schüren Verlag GmbH,
Universitätsstr. 55, D-35037 Marburg
Informationen zu *perspektivends* und zum
Verlagsprogramm des Schüren Verlags finden
Sie im Internet: www.schueren-verlag.de
Die *perspektivends* erscheinen zweimal im Jahr.
Einzelpreis € 12,80, Jahresabo € 22,00 incl. Versand.
Der Bezugspreis für HDS-Mitglieder ist im
Mitgliedsbeitrag enthalten.
© Schüren Verlag GmbH
Alle Rechte vorbehalten.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion
wieder. Für unverlangt eingesandte Manu-
skripte wird keine Haftung übernommen.
Anzeigenverwaltung: Schüren Verlag
Druck: Booksfactory, Stettin

*Der demokratische Sozialismus bleibt für uns die
Vision einer freien, gerechten und solidarischen
Gesellschaft, deren Verwirklichung für uns eine
dauernde Aufgabe ist. Das Prinzip unseres
Handelns ist die soziale Demokratie.*

– Hamburger Grundsatzprogramm der SPD

Was ansteht. Weichenstellungen in die Zukunft

perspektivends 1/21

INHALT

EDITORIAL

4

AKTUELL

Gert Weisskirchen
Für ein neues Wir

7

SCHWERPUNKT: WAS ANSTEHT. WEICHENSTELLUNGEN IN DIE ZUKUNFT

Matthias Micus / Alexander Deycke
Auf dem langen Marsch
Der Bundestagswahlkampf der SPD 1961

11

Gero Neugebauer
Am Ende ist alles gut. Und wenn nicht,
dann muss es nicht das Ende sein

26

Christian Demuth
Was ansteht
Nachdenkliches zur Bundestagswahl

33

Jöran Klatt
In Konflikten vereint
Eine populäre Ausrichtung als
Grundlage für Rot-Rot-Grün

39

Gregor Fitzl
Der Neuaufbau der Sozialdemokratie
in Europa

48

Yannick Haan
Es braucht eine neue Radikalität in
der Digitalisierungspolitik

57

Edgar Einemann
Internet, Gesellschaft und Politik

63

Peter Steinbach
Von der Auseinandersetzung mit der
verderblichen Wirkung des Eigentums
zum Sozialismus

79

Hermann Adam
Den Kapitalismus überwinden?
Plädoyer für eine nüchterne Strategie

99

Leni Breymaier
Es geht nicht um Moral, es geht um
Menschenrechte

120

IDENTITÄTSFRAGEN UND LINKE POLITIK

Klaus-Jürgen Scherer
Radikalisierte «Identitätspolitik»

126

Frank Vogelsang
Identität aus sozialer Verbundenheit

145

Sibylle Reinhardt
Moral ist eine scharfe Waffe
Zum Gebrauch moralischer Wörter in
Identitätskonflikten

153

Horst Heimann
Wiederbelebung der Leitidee
Demokratischer Sozialismus

157

GESCHICHTSPERSPEKTIVEN

Kristina Meyer / Bernd Rother
Geschichtspolitik zwischen
Kontinuität und Erneuerung

175

Peter Steinbach
Gregor Schöllgen / Gerhard Schröder:
Letzte Chance!

181

Konrad Lindner
Blumen am Grab Wittgensteins

192

BEITRÄGE UND DISKUSSION

Armin Pfahl-Traugher
«Linker Antisemitismus» oder
«Antisemitismus unter Linken»?

199

Hagen Weiler
Die SPD ohne «Demokratischen
Sozialismus» weiter in einer «Großen
Koalition»?

216

BILDUNGSPERSPEKTIVEN

Ralf Ludwig
Situation des wissenschaftlichen
Nachwuchses: prekär, prekärer,
Corona 220

Klaus Hurrelmann
Grundprinzipien sozialdemokratischer
Bildungspolitik 228

JUNGE PERSPEKTIVEN

Hendrik Küpper/Laura Clarissa Loew
Zeit für Zukunft 237

Jessica Rosenthal
«Viele Menschen haben das Gefühl,
dass ihre Stimme nicht mehr
gehört wird» 240

Jan Dieren
«Wir müssen die Möglichkeiten
unserer Gegenwart Wirklichkeit
werden lassen» 243

Ye-One Rhie
«Ich will dazu beitragen, dass mehr
Perspektiven im Bundestag
vertreten sind» 246

Hakan Demir
«Für eine offene, solidarische und eine
gleichberechtigte Gesellschaft» 249

Rasha Nasr
«Ich wünsche mir eine Gesellschaft,
die von Respekt geprägt ist» 252

Elisabeth Krämer
«Sozialismus bedeutet für mich in
einer Gesellschaft zu leben, in der
jedes Leben gleich viel wert ist» 255

Pia Heine
«Ostdeutschland muss eine
Angelegenheit von ganz
Deutschland sein.» 258

Seija Knorr-Köning
Die Krankenpflege
Auf der Suche nach Anerkennung 263

Leon Billerbeck
Ein Plädoyer für eine neue,
transatlantische Partner:innenschaft 266

Vincent David Wolff
Nur eine israelsolidarische Linke
verdient eine Zukunft 271

Sophie Frühwald
Wie hältst Du es mit der Religion,
liebe SPD? 274

Charlotte Sonneborn
Orte des Wandels?
Hochschulen neu begreifen und gestalten 278

REZENSIONEN UND BERICHT E

Mara Hädrich
Susanne Kaiser: *Politische Männlichkeit* 283

Vincent Ludley
Heinrich Geiselberger (Hg.): *Die große
Regression* 286

Detlef Lehnert
Sammelrezension: Pandemie und
Solidarität, Staat, Gesellschaft,
Geschlechter, Arbeit, Ungleichheit... 290

Siegfried Heimann
Peter Schäfer (und Stefanie Schüler-
Springorum) über Antisemitismus 294

Rüdiger Fikentscher
Willi Carl/Martin Gorholt/Sabine
Hering (Hg.): *Sozialdemokratie in
Brandenburg (1868-1933)* 298

Kira Ludwig
Wolfgang Roters / Horst Gräf /
Hellmut Wollmann (Hg.): *Festschrift
für Christoph Zöpel* 299

Autorinnen und Autoren 304

EDITORIAL

Wir stehen in den 2020er-Jahren vor entscheidenden *Weichenstellungen in die Zukunft*, daher fragen wir im Schwerpunkt dieses Heftes *was ansteht*: von Fragen der Neureflexion des sozialdemokratischen Selbstverständnisses über zentrale politische Themen von der Wirtschafts- über die Digitalpolitik bis zur Bildungs- und Wissenschaftspolitik, bis hin zu Entwicklungen der politischen Kultur und ihrer Konstellationen. Welche Rolle wird das Sozialdemokratische (noch oder wieder) spielen bei der nicht einfacher gewordenen Gestaltung hin zu mehr gleicher Freiheit? Wie immer sich Stimmungen und Parteipräferenzen entwickeln werden, nur durch eine gestärkte SPD wäre eine Bundesregierung des Reformaufbruchs jenseits der Union möglich.

Die Bundestagswahl am 26. September markiert eine dreifache Zäsur: Erstens haben wir nach der Ära Angela Merkel im Prinzip eine machtpolitisch offene Lage. Nicht nur Armin Laschet oder Annalena Baerbock, auch Olaf Scholz kann Kanzler werden. Zweitens sollte das Schlimmste der pandemischen Krisenzeit überstanden sein, durch den Impffortschritt ist unser Alltag wieder (hoffentlich dauerhaft) normaler geworden. Drittens kann es auf der policy-Ebene kein inhaltliches Weiter-so mehr geben. Das Zunftsprogramm der SPD verbindet die ökonomische Bewältigung der Coronakrise und die überfällige Beschleunigung der ökologischen Transformation mit neuer Gerechtigkeits-, Verteilungs- und Sozialpolitik.

Es geht jetzt um eine Politik des klimaverträglichen Umbaus der Wirtschaft, der systematischen Reduzierung von Katastrophenrisiken («desaster risk reduction») und einer echten Kreislaufwirtschaft, die ohne nachhaltige neue Technologien und tiefen Lebensstilwandel nicht zu haben ist. Ein solcher Politikwechsel wird nur mehrheitsfähig, wenn er einhergeht mit berechenbaren Schritten des Wandels, mit sozialem Ausgleich, mit neuen Arbeitsplätzen und dem Kampf gegen das ökonomische und kulturelle Auseinanderfallen der Gesellschaft.

Eigentlich ist es objektiv ein Momentum der Sozialdemokratie. Wo selbst der Internationale Währungsfonds verlauten lässt, der Teufelskreis der Ungleichheit müsse durch ein globales Umverteilungsprogramm durchbrochen werden, wo die neue US-Regierung eine globale Mindeststeuer für multinationale Konzerne durchsetzen will, wo 70% der Deutschen eine Vermögenssteuer befürworten und zwei Drittel von der Bundesregierung mehr Klimaschutz verlangen. Nicht zuletzt durch die Pandemie wurde die gemeinwohlorientierte, im Grunde sozialdemokratische Staatlichkeit wiederentdeckt. Nach dem Wohlfahrtsstaat der 1950er- bis 1970er-Jahre, nach dem problematischen neoliberalen Wettbewerbsstaat seit den 1980er-Jahren braucht es einen neuen Typus Staat. Der, ohne Autonomie und Demokratie zu zerstören, systematisch die soziale mit der ökologischen Frage verbindet, für den Resilienz im Mittelpunkt steht, der

deutlicher auf Prävention und Sicherheit, auf das vorausschauende Management der Risikogesellschaft setzt. Dies auch europäisch – und vor allem mit neuen und gestärkten internationalen globalen Institutionen angesichts der Globalität heutiger und zukünftiger (denken wir nur an die Klimakatastrophe) Risiken.

Das Risiko weiterer Pandemien sinkt nicht mit dem fortschreitenden Klimawandel. Deshalb muss es uns darum gehen, an den richtigen Stellen anzusetzen. Es geht um eine, jetzt nicht nur an gleicher Freiheit, sondern auch an Nachhaltigkeit, Vorsorge und Risikobewältigung orientierte, demokratische Umgestaltung der kapitalistischen Spätmoderne. Gerechtere Verteilung von Chancen und Einkommen, neue Solidarität und Teilhabe, öffentliche Güter und fortschrittliche Gesellschaftsplanung («Zukunftsmissionen»), die Einhegung der Kapitalverwertungs- und Profitlogik, dort wo sie schadet, durch soziale Demokratie bzw. Elemente des Demokratischen Sozialismus – das bleibt, siehe Eduard Bernstein oder das Godesberger bzw. Berliner Grundsatzprogramm, sozialdemokratisches Selbstverständnis.

In einem zweiten Schwerpunkt werden noch einmal ungewöhnliche Blicke auf die schwierige Debatte zur Identitätspolitik geworfen. Letztlich sollte alle Kritik dahin führen, Brücken zu bauen zwischen Betroffenen, die zurecht Anerkennung und Emanzipation einklagen, und einer Gerechtigkeits- und Sozialpolitik, die für Geringverdiener, prekäre Lebenslagen, schlechter Gebildete, Opfer des Marktradikalismus und der Pandemie da ist. Eine Gesellschaft des Respekts, so der Schlüsselbegriff von Olaf Scholz, wendet sich an beide, an die neue «working class» (Julia Friedrichs) wie an die «kosmopolitische» neue akademische Mittelklasse.

Die allgemeinen Kontaktbeschränkungen verhinderten auch im ersten Halbjahr 2021 eine face-to-face Tagung der HDS e.V. Doch immerhin konnten wir Ende März über das Internet mit Florian Moritz (Abteilungsleiter Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik beim DGB-Bundesvorstand) und Tom Krebs (Mannheimer Professor für Makroökonomie und Wirtschaftspolitik, der auch das Bundesfinanzministerium berät) diskutieren. Prof. Hermann Adam hatte zur Zoom-Konferenz «Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik nach der Corona-Krise» geladen. Moritz erläuterte die gewerkschaftlichen Positionen in der Krise mit dem Ergebnis, dass Deutschland, zumindest mit Blick auf den ersten Arbeitsmarkt, diese vergleichsweise gut bewältigt habe, durch die offensive Nutzung von Arbeitsmarktinstrumenten und umfangreiche finanzielle Unterstützungen und Hilfen. Für die Zukunft liege die wirtschaftspolitische Alternative auf dem Tisch, ob die coronabedingte staatliche Neuverschuldung zu rigider, die Gesellschaft weiter spaltender, Sparpolitik führt, oder ob sich wachstumsfördernde Zukunftsinvestitionen und eine Steuerpolitik der Umverteilung durchsetzen lassen. Für Krebs besteht diese neue Wirtschaftspolitik der Transformation aus fünf Schwerpunkten: eine moderne Industrie- und Innovationspolitik, eine gut ausgebaute öffentliche Infrastruktur, eine vernünftige Regulierung des Arbeitsmarktes, ein umfassender Sozialstaat und ein faires Steuersystem. Eine neue Wirtschaftspolitik müsse sozial gerechtes mit ökologisch nachhaltigem Wachstum, etwa einer selbstbewussten grünen Wasserstoffstrategie, verbinden, wozu es auch gut organisierte öffentliche Unternehmen brauche.

Wieder sind die unabhängigen *jungen Perspektiven* und zudem eine ganze Reihe weiterer Beiträge von Hendrik Küpper und

Laura Clarissa Loew betreut. Besonders deren Gespräche mit einer neuen Generation von jungen SPD-Kandidatinnen und Kandidaten zur Bundestagswahl sind ein bleibendes Zeitdokument. Im Sinne des Generationswechsels wird es weiter darum gehen, diesen Teil unserer Zeitschrift zukünftig mehr denn je zu stärken.

Wir trauern um Hajo Riese (1933–2021), Begründer der «Berliner Schule des monetären Keynesianismus», bedeutender Ökonomieprofessor der FU Berlin. Vor allem zu Wachstumstheorie, Bildungsökonomie, Makroökonomik und Geldtheorie hat er umfangreich geforscht und, auch dank seines überzeugenden Auftretens, ausgedehnte Netzwerke an Doktoranten, Assistenten und Studenten geknüpft. Zu seinen vielfältigen Aktivitäten in Wissenschaft und Hochschulpolitik gehörte auch, dass er langjäh-

riges Mitglied der HDS e.V. war. «In den frühen 1980er-Jahren wurden (teils bis in die Nacht hinein) Rieses halbjährlich stets von Anfang an neu geschriebenen, hunderte von Seiten umfassenden Entwürfe seiner breit angelegten «Theorie der Geldwirtschaft» diskutiert; und wenn dann neben den Schülern auch der Meister selbst daran teilnahm und Streitpunkte in hitzigen Debatten ohne Ansehen von Person und Status ausgetauscht wurden, so wird vielleicht mancher Teilnehmer gedacht haben, dass es so ähnlich auch in den Diskussionen zwischen Keynes und seinem «Circus» (mit Joan Robinson, Piero Sraffa u. a.) zugegangen sein musste.» Welch wunderbare Würdigung wird mit diesen Zeilen aus dem Nachruf von Prof. Peter Spahn (Universität Hohenheim) ausgedrückt.

Kira Ludwig / Klaus-Jürgen Scherer

Gert Weisskirchen

Für ein neues Wir

Das Versprechen der Moderne bleibt: Wir sind Gleiche unter Gleichen, insoweit jedes Individuum jedem Individuum mit einem gleichen Maß an Anerkennung begegnet. Erst der wechselseitige Respekt voneinander macht humanes Zusammenleben in einer sich fortschreitend differenzierenden Gesellschaft möglich. Gefühle einer wachsenden Entfremdung zwischen Menschen, deren Zugänge zu materiellem Wachstum verengt sind und Menschen, die diese Zugänge öffnen können, machen soziale Spaltungstendenzen manifest. Globale Modernisierungen haben Entfremdungsgefühle erheblich beschleunigt. Diese Trends werden an Schärfe zunehmen, solange sie nicht durch ein aufeinander abgestimmtes globales politisches Zusammenhandeln gesteuert werden.

Mit der Wahl von Joe Biden zum Präsidenten der USA ist für die westliche Moderne eine neue Chance entstanden. Bis zu den Midterm Wahlen 2022 kann das Vakuum geschlossen werden, das der Trumpsche Unilateralismus in die Architektur des transatlantischen Bündnisses gerissen hat. Die Zeit ist äußerst knapp, eine beherzte multilaterale Praxis für eine sozialökologische Transformation auf beiden Seiten des Atlantiks zu entwerfen. Die Konzepte für

ein vernünftiges neues Zusammenhanden liegen vor. Längst sind die analytischen Wissensbestände zwingend ausgearbeitet, wie auch die Ziele, auf die sich die Weltgemeinschaft deshalb verpflichtet hat. Jetzt wird es darauf ankommen, eine neue Gemeinsamkeit zu entwickeln, damit der mögliche sozialökologische Kollaps des Globus abgewendet wird.

Die USA und die EU sind kongeniale Partner, die den globalen Wettlauf, die anstehende «Große Transformation» zu bewältigen, nur gemeinsam gewinnen können. Die USA und die EU können diesen Wettlauf jedoch auch verlieren: autokratische Herrschaftsformen warten darauf. Auch populistische und nationalistische Feinde der Demokratie lauern innerhalb des Westens. Den Kräften des politischen Zentrums fällt die historische Verantwortung zu, das Momentum des paradigmatischen Wechsels durch entschlossenes Handeln situativ zu erkennen und entschlossen zu handeln.

Wenn vier schwierige Aufgaben bewältigt werden, wachsen daran die Fähigkeiten zu tiefgreifenden gesellschaftlichen Reformen:

Mit aufgeklärten demokratischen Gesellschaften und durch aktives Mithandeln vie-

ler Menschen können die globalen Klimaziele regional, national und lokal produktiv erreicht werden. Ohne gesellschaftliche Konflikte können die Ziele nicht erreicht werden.

Das dafür erforderliche politische Zusammenhandeln braucht neues Vertrauen in die demokratischen Institutionen. Horizonte können geöffnet werden, wenn Begriffe überzeugend neu bestimmt werden.

Die industrielle Innovationsfähigkeit entscheidet mit, ob die Technologie entwickelt wird, damit die Transformationsprozesse ökonomisch gelingen. Die auch dafür nötigen Bildungsreformen müssen vorangetrieben werden.

Je stärker die Qualität der politischen Akteure ausgeprägt ist, sich zu orientieren darauf, mögliche Zukünfte sich vorzustellen und politisches Handeln darauf einzustellen, desto gewinnender wirken sie auf ihre Bürgerschaft.

Die Sozialdemokratie hat historisch in sich diese Fähigkeiten aufbewahrt: gesellschaftliche Konflikte in ihren lokalen, nationalen, regionalen und globalen Dimensionen analytisch zu verstehen. Wer daraus eine überzeugende Praxis weitreichender Reformen macht und sie den Wählerinnen und Wählern zum aktiven Handeln anbietet, zeigt damit seine Regierungsfähigkeit.

An diesem Aufgabenbündel muss rasch konsequent komplementär gearbeitet werden. Wer einen zeitlichen Aufschub duldet, verwirkt die Chance, im globalen Wettbewerb zu bestehen. Umgekehrt gilt: nur mit einem großen gemeinsamen Kraftakt kann die westliche Moderne ihren prioritären Platz im Kampf gegen die autokratischen Versuchungen behaupten. Gelingt die sozialökologische «Große Transformation», dann beweist die westliche Moderne ihre Leistungsfähigkeit und trägt erheblich dazu

bei, dass multilateral sich ein humanes zivilisatorisches Modell des globalen Verantwortungsbewusstseins durchsetzt.

Damit ein «neues Wir» auch global chancenreich wird, sind die gesellschaftlichen Kräfte in Ländern der sich selbstauflärenden Moderne zu ermutigen, sich auf dieses Modell zu verständigen. Ohne die Bereitschaft, schwerwiegende Konflikte im Innern auszutragen, können die Bedingungen nicht heranreifen, die erfüllt sein müssen, damit die anstehenden Transformationsprozesse bewältigt werden können. Und ohne die Fähigkeit, sich auf Kompromisse mittlerer Reichweite einzulassen, droht ein Misslingen der «Großen Transformation». Und dies wiederum hängt davon ab, ob ein hinreichendes Maß an respektvollem Umgang untereinander bei ungleichen Interessen – die zudem die bereits vorhandenen sozialen Unterschiede dramatisch vertiefen – zwischen allen Akteuren aufgebracht werden kann.

Zu einem ausgeprägten Wissen darüber, wie hochkomplexe gesellschaftliche Transformationsprozesse angeregt, entwickelt und gestaltet werden, müssen sich praktische Fähigkeiten anfügen, die unerlässlich sind, damit die erforderlichen staatlichen Steuerungskapazitäten zielgenau eingesetzt werden können. Werden neue Formen demokratischer Beteiligungen zivilgesellschaftlichen Zusammenhandelns erprobt, dann wächst dadurch die Bereitschaft, die Akzeptanz von auszuhandelnden Kompromissen bei zu erwartenden Zielkonflikten herzustellen.

Weil die Komplexität der zu lösenden Aufgaben durch einen Qualitätssprung der Repräsentationsformen der Demokratie besser bearbeitet wird, sollte diskursiv das Spektrum der anzugehenden Konflikte abgesteckt werden. Soweit möglich, soll-

ten konsensual die prioritär zu ermittelnden Streitfelder eingegrenzt werden. Eine Konzentration auf die Auseinandersetzung um die inhaltliche Gewichtung im Rahmen der «Großen Transformation», wird die Atmosphäre zwischen den gesellschaftlichen Kontrahenten ins Produktive verwandeln. So können, trotz möglicherweise weiterhin bestehender Gegensätze, ihre gefährlichen Schärfen mindestens gemildert werden. Soweit alle Akteure bereit sind, die Gleichheit aller anderen Akteure voller Respekt anzuerkennen und die Plausibilität der vorgetragenen Argumente mit einer Matrix wechselseitig ausgehandelter Kriterien wissenschaftlich überprüft worden ist, kann die Verständigung über die Reihenfolge der praktischen Schlussfolgerungen beginnen.

An einigen Stellen ist dieses Diskursmodell porös. Es setzt auf die andauernde Rationalität der gesellschaftlichen Akteure, ungeachtet ihrer Vorentscheidungen. Da jedoch die Tragweite von Fehlwahrnehmungen oder gar Fehlentscheidungen von existenzieller Bedeutung sind, wird ein außergewöhnliches Maß an Selbst-Distanz und Einsicht in die Notwendigkeit grundlegender Reformen abverlangt werden. Gelingen können diese Prozesse besser, wenn neues Vertrauen zwischen den Akteuren sich in sich zu vollziehenden Akten herausbildet wird. Weil dieses Experiment nicht Misslingen darf, sollten die Schritte in den Prozessen der «Großen Transformation» von unabhängigen wissenschaftlichen Experten in zu verabredenden Zeitabständen medial wirksam bewertet werden. Von den lokalen, nationalen, regionalen und globalen Institutionen ist durch permanentes Interagieren einer wachen Öffentlichkeit der jeweilige Stand und die Perspektive der «Großen Transformation» zu prüfen und – falls nötig – auch zu korrigieren.

Die schwierigste Bruchstelle auf dem Weg in eine neue globale Gemeinsamkeit verbirgt sich an der Frage, wem Schuld zugewiesen werden mag, wenn in den zu erwartenden hochkomplexen Reformprozessen Fehler eintreten. Dies wird wohl nicht zu umgehen sein. Hat sich bis dahin ausreichend Vertrauen angesammelt, können Brüche vermieden werden. In Phasen nicht eindämbarer Unsicherheiten können jedoch systemische Chaasmomente entstehen. Werden Schuldvorwürfe im Innern der national verfassten Gesellschaften von einer wirkmächtigen Akteursgruppe auf Minderheiten projiziert, dann droht dem Gesamtzusammenhang der Transformationsprozesse eine existenzielle Zerreißprobe. Werden Vorurteile gegen sie menschenverachtend mobilisiert, droht ein Scheitern.

Im Auf und Ab populistischer Versuchungen zeigt sich aktuell ein polemisches Missverständnis, wie die Sehnsucht nach Emanzipation und die Suche nach Identität aufeinanderbezogen werden kann. György Konrad hatte die Frage, ob er Jude sei, ins Mark erschreckt, als er als Heranwachsender zusehen musste, was geschah, als so Befragte nach ihrer Antwort zusammengepfercht in Lastkraftwagen deportiert wurden und ins Konzentrationslager transportiert wurden. Wer den Anspruch auf Identität gegen die Ziele der Emanzipation purifiziert, entzieht einem humanen Zusammenleben den Boden. Der Kampf um Bürgerrechte verbindet die freien Gleichen mit allen, die um ihre Diversität wissen. Der Kampf für die Anerkennung jeglicher Lebensform, die sich als gleichberechtigt zu allen anderen Lebensformen versteht, hat Anspruch auf universale Geltung – unabhängig von ihrer Diversität. Diesen Kampf zurückzuholen in die sozialen Räume und dabei ihre kulturellen Sprengsätze zu entschärfen, wird mithelfen,

die drängenden Probleme ins Zentrum zu rücken. Zuviel Kraft wird vergeudet, wenn sie nicht dafür aufgewendet wird, dass alle einen Platz in einem neuen Wir finden.

Im Angesicht der Aufgaben, die zu lösen sind, braucht es eine unverwandte Anstrengung: die Autonomie eines jeden Individuums, ohne Vorbehalt der jeweiligen

kulturellen Herkunft, entscheidend dazu beizutragen, das globale Miteinander verantwortungsbewusst zu gestalten. Ein «neues Wir» kann so entstehen: eines, das nicht ausschließt; ein Wir, welches geeignet ist, die Fähigkeiten zum humanen Fortschritt individuell aufzuschließen und für alle fruchtbar macht. ■